

Preisträger 2012 – Kategorie
„Umweltengagement“

**BERLINER
UMWELTPREIS
DES BUND**



<http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/>

Berlin, den 28.08.2014

Pressemitteilung

Städtebau in Lichterfelde Süd-so nicht!

Im größten aktuellen Wohnungsbauvorhaben in Berlin werden gemeinsam von der Groth-Gruppe und dem Bezirksamt in Workshops Planungsgrundlagen geschaffen, die gegen die dort Wohnenden, gegen die Gewerbebetriebe und gegen den Naturschutz gerichtet sind. Die Bezirksverordneten hätten es in der Hand, diese Entwicklung zu korrigieren, doch die Zählgemeinschaft aus CDU und Grünen weigert sich bisher, eine grundsätzliche Diskussion zur städtebaulichen Entwicklung in Lichterfelde Süd zu führen. Es soll ein neuer Stadtteil mit 6.000 bis 8.000 Bewohnern entstehen, ohne dass die Lebenssituation der dort bereits Wohnenden, z.B. in der Thermometersiedlung berücksichtigt wird. Die Anwesenheit von Bürgern in den Workshops hat reinen Alibicharakter, wirklichen Einfluss auf die Planungen haben sie nicht. Die wesentlichen Probleme sind:

1. Rahmendaten der städtebaulichen Entwicklung

Die Eckdaten des Rahmenplans mit 39 ha zu bebauender Fläche und mit 2.500 bis 2.700 Wohnungen sind ein klarer Verstoß gegen die Daten des Bezirksgutachtens (Fugmann-Janotta: 16 bis höchstens 27 ha Baufläche), sie werden in keiner Weise kritisch diskutiert oder gar begründet, aber in den Workshops kompromisslos gefordert und umgesetzt. Aus diesem Sündenfall im Letter of Intent zwischen Bezirksamt und der Groth-Gruppe folgen viele schwerwiegende Planungsprobleme, die vorgesehene massive Bebauung wird für die bereits im Umfeld wohnenden Bürgerinnen und Bürger zur Belastung und mindert deren Lebensqualität.

2. Autoarme Stadt

Das Ziel einer „autoarmen Stadt“ bleibt utopisch. Die innere, auto-verkehrliche Erschließung (einschließlich der Stellplätze in Tiefgaragen) steht neben der Radwegführung im Vordergrund der meisten Entwürfe. Ansätze für die Reduzierung oder Vermeidung von Kfz-Verkehr in das und aus dem Neubaugebiet sind nicht wirklich

ausgeführt. Selbst die Wege zu Kita, Schule und zum Einkaufen werden in der gebauten Realität die Nutzung des Pkw nahelegen.

3. Verkehrsanbindung ins städtische Umfeld

Die verkehrliche Erschließung im städtischen Umfeld wirft Probleme auf, die bisher nicht angesprochen, geschweige denn gelöst werden. Aus Sicht des Aktionsbündnisses wird die bereits heute überlastete Verkehrssituation sowohl für den Individual- als auch für den straßengebundenen ÖPN-Verkehr unerträglich. Schon von daher müsste die Planung hinsichtlich der Wohnungsanzahl flexibel angelegt sein. Das starre Festhalten an bis zu 2.700 Wohnungen im Planungsprozess ist der grundlegende Fehler.

4. Naturschutz

Im städtebaulichen Workshop bleiben die aus der Bebauung folgenden Eingriffe in geschützte Natur qualitativ weitgehend undiskutiert hinsichtlich ihrer Wertigkeit. Diese Diskussion kann auch erst nach dem Vorliegen aller notwendigen Gutachten Ende des Jahres erfolgen. Im Hinblick auf den Naturschutz haben alle Entwürfe Probleme mit der zu groß vorgegebenen Baufläche. Die Verknüpfung mit dem Workshop „Grüne Mitte“ ist bisher nicht erfolgreich geleistet, eine Bewertung des weiter zu entwickelnden städtebaulichen Entwurfs im Workshop „Grüne Mitte“ ist vor dessen Beauftragung nach unserer Einschätzung unabdingbar, aber offensichtlich nicht vorgesehen. Die untere Naturschutzbehörde und die Senatsverwaltung für Umweltschutz sind bisher nicht in der Lage, die Planungen zu beurteilen, aber die Planungen werden weiter konkretisiert.

5. Gewerbebestand

Die Bewahrung des bestehenden Gewerbes ist völlig aus dem Blick geraten und spielt bei der Bewertung der Entwürfe offensichtlich keine Rolle mehr: Selbst ein Hinweis aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft zum Schutz der Betriebe hat hier nichts geholfen. Ein beteiligter Architekt hat den Wegfall der Forderung nach einem Gewerbeersatzstandort vor dem zweiten städtebaulichen Workshop bestätigt. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber den Unternehmern und beschäftigten Menschen sollte sich für eine sozial ausgerichtete Stadtentwicklung von selbst verbieten, nicht so in der Groth-Gruppe.

6. Wohnbebauung und Naherholung

Die vorgesehene Aufteilung der geplanten Wohnungen auf den Geschosswohnungsbau einerseits und Reihen- und Doppelhäuser andererseits führt zu spezifisch hohem Flächenverbrauch. Die aus dem, Bauvolumen insgesamt berechneten, notwendigen Grünflächen berücksichtigen nur den Grünflächenbedarf der zu bauenden Wohnungen

und aus Sicht des Aktionsbündnisses nicht den noch zu deckenden Naherholungsbedarf der bestehenden Siedlungen. Das Aktionsbündnis erinnert daran, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin per Beschluss gefordert hat, den Naherholungsbedarf der nachbarlichen Siedlungen in der Planung zu berücksichtigen.

7. Soziales Umfeld

Die Diskussion der sozialen Situation in der Nachbarschaft und die daraus folgenden möglichen Konsequenzen für die städtebauliche Entwicklung fehlen völlig, die Forderung des Aktionsbündnisses nach einer stadtsoziologischen Untersuchung blieb unbeachtet. Der Focus liegt auf der architektonischen Berücksichtigung des nachbarlichen Baubestandes. Auch der aus der spezifischen Nachbarschaft folgende zusätzliche Bedarf an sozialen Einrichtungen wird nicht bedacht. Ein harmonisches Miteinander der neuen und der bereits bestehenden Bewohnerschaft ist nicht auf der Agenda. Hier wird ein „Bereich sozialen Entwicklungsbedarfes“ mehr als verdoppelt. Der von den in der BVV vertretenen Parteien gegründete „Politikladen“ in der Thermometersiedlung – mit viel Presseresonanz eröffnet – ist inzwischen wieder geschlossen – ein Rückzug mit Symbolcharakter für die Bewohnerschaft.

Diese Hinweise aus dem Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd ergänzen die bereits veröffentlichten „TOP6“ und andere Schriften, die Sie gerne auf Anfrage per

- Email an helmut.max.schmidt@web.de oder
- telefonisch über 0151 17608476

erhalten können.

V.i.S.d.P.: Helmut Schmidt